

SVP will Unis durchleuchten

Als Reaktion auf die Proteste müsse der Bund aktiv werden, verlangt die Partei. Die politische Vielfalt an den Hochschulen sei in Gefahr.

Simon Marti

Es ist Ruhe eingekehrt an den Schweizer Universitäten. Vorläufig zumindest. In den meisten Fällen beendete die Polizei diese Woche die Besetzung von Hochschulgebäuden durch propalästinensische Aktivist*innen. Für die Bundeshausfraktion der SVP ist bereits die Zeit der politischen Aufarbeitung angebrochen. Sie hat am Freitag einstimmig zwei Fraktionspostulate beschlossen, in denen sie vom Bund Aufklärung über die Hintergründe der Besetzungen verlangt.

«Es ist offensichtlich, dass die Besetzungen nicht einfach so spontan geschahen», ist SVP-Nationalrat Benjamin Fischer überzeugt, bei der Partei zuständig für das Dossier Familien, Bildung und Gesellschaft. Die verschiedenen Gruppen hätten sich koordiniert und abgesprochen. «Das sieht man schon an den praktisch identischen Forderungen an zig verschiedenen Universitäten in verschiedenen Ländern», sagt Fischer. Der Bund tue gut daran, dieses Phänomen vertieft zu untersuchen. Namentlich will die SVP, dass untersucht wird, wie die Besetzungen geplant worden seien und «welche Rolle in- und ausländische Netzwerke» dabei gespielt hätten.

Auf manchem Campus haben die Proteste deutliche Spuren hinterlassen. So berichtete der «Sonntags-Blick» von einem besorgten Brief jüdischer Studentinnen und Studenten an die Leitung der Universität Lausanne. Und gegenüber der NZZ sagte die Co-Vorsitzende der Fachgruppe Jüdische Studien der Universität Basel: «Die Studierenden am Zentrum für jüdische Studien fühlen sich durch die Proteste bedroht.»

Was sich an den Unis manifestiert habe, sei schlicht beängstigend, so Fischer. «Die Boykottaufrufe gegen israelische Hochschulen und Forscher sind antisemitisch», hält er fest. «Wie muss sich wohl ein israelischer Forscher in der Schweiz fühlen?» Habe man während des Irak-Krieges je gegen die Zusammenarbeit mit amerikanischen Unis demonstriert? «Nein. Die Leute gingen gegen die Bush-Regierung auf die Strasse», sagt der SVP-Politiker. Und so will er vom Bundesrat auch wissen, wie der Nationalfonds, der im Auftrag des Bundes Wissenschaftler aller Disziplinen fördert, mit

Forschern umgeht, die diese Boykottaufrufe mittragen.

Seine Partei geht in ihren Forderungen aber über die jüngsten Ereignisse hinaus. Geht es nach der SVP, muss der Bundesrat aufzeigen, ob die politische Vielfalt und «die Neutralität von Forschung und Lehre» noch gewährleistet seien und wie verbreitet Fälle von politischer Diskriminierung an Schweizer Universitäten seien. Fischer verweist auf das Berner Nahost-Institut. Ein Dozent lobte im vergangenen Oktober die Hamas für ihren Terror-Angriff auf Israel. Die Universität führte eine Administrativuntersuchung durch und löste das Institut in der Folge auf. «Wir sehen hier ein Symptom für tiefliegende Probleme, namentlich in den Geisteswissenschaften», sagt Fischer.

Was auffällt: Fischer hatte sich im Nationalrat noch vor kurzer Zeit gegen ein Verbot von Nazi-Symbolen ausgesprochen. Jetzt vom Bund zu verlangen, die Gesinnungen an Schweizer Unis unter die Lupe zu nehmen, sieht er nicht als Widerspruch. «Ich bin der Allerletzte, der Meinungen einschränkt. Aber das sind öffentlich finanzierte Institutionen, nicht ein paar verwirrte Gestalten, die irgendwo Parolen skandieren.»

Dass andere Fraktionen die Forderungen mittragen, scheint unwahrscheinlich. Die Besetzungen seien zügig unterbunden worden, erklärt FDP-Nationalrätin Regine Sauter. «Das war auch absolut richtig, denn diese Gruppen von Studierenden vertreten eine einseitige und extreme, zum Teil auch antisemitische Haltung in Bezug auf den Nahostkonflikt, andere Meinungen werden nicht toleriert.» Doch brauche es «kein Tätigwerden der nationalen Politik oder ein Eingreifen des Bundes», die Universitäten seien in der Lage, dies selber zu regeln.

Es sei billig, aus dieser traurigen Lage politisches Kapital schlagen zu wollen, kritisiert SP-Nationalrat und Bildungspolitiker Matthias Aebischer. «Diese Gespenster beschwört die SVP auch nicht zum ersten Mal, schon öfters glaubte sie, die Hochschulen seien von bösen Geistern unterwandert.» Manches, was zuletzt bei den Protesten geäussert und gefordert wurde, sei bedenklich, betont auch der Berner. Wie alle Institutionen seien die Unis nicht gefeit gegen extreme Weltanschauungen, «linke und rechte», so Aebischer. «Wenn schon, dann müsste man alle politischen Strömungen unter den Lehrbeauftragten und Studierenden im Auge haben und nicht bloss eine einzige Gruppe.»

FABIAN HUGO / 13PHOTO



«Patronhafter Führungsstil»: Die Kritik an Uwe Jocham, dem CEO der Inselspital-Gruppe, riss nicht ab.

Er nannte sich Uwe der Löwe

Der CEO der grössten Schweizer Spitalgruppe muss gehen. Auch seine Nachfolger stehen bereits in der Kritik. Geschichte eines bizarren Falls.

Daniel Foppa

Als Berner Löwe aus Bayern hat er sich bezeichnet, getrieben von brennendem Ehrgeiz und dem Drang, stets der Beste zu sein: Uwe Jocham, Apotheker aus München, hat es weit gebracht - und ist tief gefallen. Am Donnerstag verkündete der Verwaltungsrat der Berner Inselspital-Gruppe die Freistellung von CEO Jocham und dessen Stellvertreter. Begründung: Jocham habe das Vertrauen von Mitarbeitern und Kader verloren.

Bereits Jochams Aufstieg an die Spitze der grössten Schweizer Spitalgruppe erfolgte auf kuriose Weise. Es war der Berner Gesundheitsdirektor Pierre Alain Schnegg, der ihn unbedingt in dieser Position wollte. Der SVP-Politiker zwang 2017 den damaligen Verwaltungsratspräsidenten zum Abgang und hievte Jocham in das Amt. Für den Münchner war dies nicht genug, er wollte gleichzeitig CEO sein. Der Verwaltungsrat, also das Gremium, das Jocham selber präsidierte, willigte nach anfänglichem Widerstand ein: Er schickte den bisherigen CEO in die Wüste, installierte Jocham ohne Auswahlverfahren als Nachfolger und erhöhte den Lohn um 170 000 Franken auf 670 000 Franken. Erst die Politik stoppte das Doppelmandat, und Jocham begnügte sich mit dem Posten des CEO.

Weshalb Schnegg Jocham unbedingt wollte, bleibt ungeklärt. Möglicherweise spielte eine Rolle, dass Jocham Schneggs Wahlkampf unterstützte. Jedenfalls verfügte Jocham über keine Erfahrung bei der Führung eines Unternehmens von der Komplexität eines Universitätsspitals, und er hatte seinen Chefposten beim früheren Arbeitgeber CSL Behring im Unfrieden verlassen. Auch akademische Meriten konnte Jocham nicht vorweisen - im Gegenteil. 2015 erklärte er im Interview mit der Sendung «Die Macher», er habe doktoriert, was nachweislich falsch ist.

Sehr gelegen kam Jocham deshalb der Umstand, dass ihm die Universität Bern einen Tag nach seinem Amtsantritt an der Insel den Ehrendoktor verlieh. Bis heute wird in akademischen Kreisen darüber gerätselt, wofür Jocham die Auszeichnung eigentlich er-

halten hat. Jocham selbst nennt sich seither «Dr. med. h. c.» und insinuiert so, einen ärztlichen Dokortitel zu führen. Getreu seiner Aussage im erwähnten Interview: «Ein Apotheker ist ja auch ein bisschen ein Arzt.»

Die Macht zelebriert

Von Beginn an eckte Jocham mit seinem Führungsstil an. «Er thronte im Chefbüro und duldete keine anderen Könige neben sich», sagt ein früherer Insel-Mitarbeiter. Selbst für höhere Kader sei er kaum erreichbar gewesen, interne Kritiker erhielten Verweise. Jocham zelebrierte seine Macht und verkündete grosse Pläne: Er trug wie Nicolas Hayek zwei teure Uhren am Handgelenk und erklärte, er wolle das Inselspital zu einem der weltbesten Spitäler machen und den ganzen Kanton Bern voranbringen. Tatsächlich aber ging es mit dem Spital bergab. Im internationalen «Newsweek»-Ranking liegt das Inselspital inzwischen auf Platz 207, weit hinter den übrigen Schweizer Universitätsspitalern.

Spitzenleute wie der Herzchirurg Thierry Carrel und viele Pflegepersonen kehrten der Insel den Rücken. Von Mobbing, verängstigten Mitarbeitern und zerstörtem Vertrauen war die Rede. Der Berner SVP-Politiker Thomas Knutti übte 2022 in einem Vorstoss scharfe Kritik an Jocham. Er sprach von einer «dramatischen Verschlechterung der Betriebskultur», warf Jocham fehlende Fachkenntnisse sowie einen «völlig veralteten patronhaften Führungsstil» vor.

Mitverursacht wurde die Kritik durch zwei unpopuläre Massnahmen. Jocham deckelte auf Geheiss des Verwaltungsrats die Löhne der Chefärzte, und er schloss die zur Insel-Gruppe gehörenden Spitäler Tiefenau und Münsingen. Während mit den Lohnbeschränkungen Fehlanreize beseitigt wurden, sind sich Kritiker uneins, inwiefern die Spitalschliessungen zu tieferen Gesundheitskosten führen. Denn ein Ziel der Schliessungen war, die Auslastung des neuen Hauptgebäudes am Inselspital zu erhöhen - wo die Behandlungen teurer sind als in den Regionalspitalern. Jedenfalls ist der Plan nicht aufgegangen: Das Inselspital

verzeichnete 2022 ein Defizit von 80 Millionen Franken, letztes Jahr waren es 113 Millionen, und für dieses Jahr wird ein noch höherer Verlust erwartet. In die Gegenrichtung zeigten einzig die Patientenzahlen, während die Kritik wie das Defizit stetig zunahm: Anfang Jahr bemängelten die Geschäftsprüfer des Berner Kantonsparlaments die Betriebskultur des Spitals. Mitte März bestätigten ehemalige Insel-Mediziner die Vorwürfe, und Ende Monat kritisierten 42 Klinikdirektoren und Chefärztinnen die Führung des Inselspitals massiv.

Ohne Gegenmassnahmen sahen sie nicht weniger als die Patientenversorgung gefährdet. Es dürfte wohl dieses geballte Misstrauensvotum gewesen sein, das letztlich den Ausschlag für Jochams Freistellung gab. Als schliesslich SRF Anfang dieses Monats berichtete, das Inselspital verwende Forschungsgelder, um Finanzlöcher zu stopfen, war der Entscheid zu Jochams Ablösung bereits gefallen. Den CEO selber traf die Freistellung unvorbereitet.

Politik um der Politik willen

Nach dem abrupten Abgang, der mit einem Jahresgehalt versüssigt wird, wollte sich Jocham nicht mehr äussern. Dafür steht Bernhard Pulver Red und Antwort. Der Verwaltungsratspräsident übernimmt zusammen mit Christian Leumann, bisher Rektor der Universität Bern, interimistisch die Direktion. Sind ein grüner Ex-Regierungsrat und ein Ex-Rektor, die als Verwaltungsratsmitglieder mitverantwortlich für die Misere zeichnen, die richtigen Leute, um den grössten Schweizer Spitalbetrieb aus der Krise zu führen?

Ja, findet Pulver: «Es wäre verantwortungslos, auch zu gehen, dann wäre das Spital führungslos. Zudem habe ich das Vertrauen von Regierungsrat Schnegg.» Und Leumann sei geeignet als Brückenbauer zwischen dem akademischen Betrieb und dem Spital. Pul-

«Es ist völlig unverständlich, dass dieses Duo nun übernimmt», sagt der Experte.

ver lässt durchblicken, dass sich der Verwaltungsrat schon länger Gedanken um Jochams Ablösung gemacht habe, dass man aber zunächst die Einführung des neuen IT-Systems Epic abwarten wollte. Das 83 Millionen teure System, das im Kantonsspital Luzern genutzt wird und dort für viel Kritik sorgte, muss ein Erfolg werden, will sich die Insel nicht ein weiteres kostspieliges Problem aufhängen. Die ersten Erfahrungen mit Epic seien durchgezogen, hört man aus der Insel. Pulver und Leumann wollen höchstens ein Jahr im Amt bleiben. Regierungsrat Schnegg lässt derzeit ausrichten, Jochams Absetzung sei «verständlich», da das Führungsteam viele Projekte abgeschlossen habe.

Weit weniger gelassen wird der Entscheid im Umfeld der Insel aufgenommen. Eine Spitalgruppe mit 11 000 Mitarbeitern in einer solchen Situation in die Hände von zwei unternehmerisch unerfahrenen Personen zu legen, sei fahrlässig. Leumann fehlten als Rektor und Biochemiker zudem die Erfahrung im Spitalbetrieb. Bei den Chefärzten gehen die Meinungen auseinander, ob er aufgrund seiner Mitwirkung im Verwaltungsrat und seiner Interaktionen mit der Ärzteschaft die richtige Person in dieser Position sei.

«Es ist völlig unverständlich, dass dieses Duo übernimmt», sagt der Berner Gesundheitsexperte Heinz Locher. Pulver habe als Verwaltungsratspräsident versagt und könne nicht den Turnaround herbeiführen. Auch Schnegg müsse in den Ausstapfen treten, sei er doch der Oberverantwortliche für die Krise. Locher anerkennt, dass ein Teil der Probleme systembedingt ist, kämpfen doch viele Spitäler mit finanziellen Problemen. «Der selbstverschuldete Anteil an der Krise ist jedoch sehr hoch», betont er. Eine externe Übergangslösung wäre deshalb zwingend gewesen. Für Locher steht fest: «Was jetzt gemacht wurde, ist eine Politique politique: blosse Politik um der Politik willen.»

Das alles muss Uwe Jocham nicht mehr kümmern. Er hat das Spital verlassen, wie er angetreten war - mit einem Knall. An der Insel selbst dürfte derweil noch länger keine Ruhe einkehren.

Classe politique

Ursula Wyss, Velobegeisterte, hat ein Buch geschrieben. «Velo-wende» heisst das Werk, das dieser Tage erscheint. Höchste Zeit, muss man sagen. Denn wie die ehemalige Berner Gemeinderätin und SP-Nationalrätin in der «Schweizer Illustrierten» ausführt, steht es schlecht um die Stadtbewohner: «Wir gehen immer weniger raus, weil es draussen zu laut oder zu gefährlich ist.» Zu dominant sei der motorisierte Verkehr. Einen Velohelm fürs standesgemässe Velofotoshooting trug Wyss aber nicht. So gefährlich ist Bern vielleicht doch nicht immer.

Marcel Dettling, Klimaskeptiker, kann sich auf seine treuesten Verbündeten verlassen. Pünkt-



Ursula Wyss **Marcel Dettling**

lich zum grossen Pfingststau am Gotthard haben Klimakleber wieder einmal die Autobahn Richtung Süden versperrt. Bei 20 Kilometer Stau reisst da jedem der Geduldsfaden. Tipp an den SVP-Präsidenten: Das wäre der ideale Ort, um Unterschriften gegen den Klimaschutz zu sammeln. Selbst grün angehauchte E-Autofahrer würden da unterschreiben. Jede Wette.